

Hamburger

China-Notizen

– Von einem nächtlichen Schreibtisch –

NF 895

15. Mai 2014



Abriß als Bestandschutz

In diesen Monaten haben Hamburger Bürger reichlich Gelegenheit, Erfahrungen dabei zu sammeln, wie dreist und nachlässig städtische Ämter handeln. Am Dienstag, dem 6. Mai, nutzten einige hundert eine solche Gelegenheit in der überfüllten Aula des Wilhelm-Gymnasiums im feinen Pöseldorf. Sehr kurzfristig war zu öffentlichen Beratungen über einen neuen Bebauungsplan für einen idyllischen kleinen Straßenzug eingeladen worden, der im Stil der Straßen gehalten ist, die in Hamburg Terrassen genannt werden.

Gerüchte besagten, anstelle von drei dortigen dreigeschossigen Wohnhäusern sollten dort achtgeschossige Wohn-Büro- und Geschäftshäuser entstehen, die schwerlich in das Pöseldorfer Umfeld gepaßt hätten. Die zuständige Planungsbehörde hatte zu dieser öffentlichen Diskussion mit dem Argument beigetragen, sie wolle durch einen neuen Bebauungsplan just diese widersinnige Milieuveränderung verhindern. Sie betrifft die die Terrassenstraße Brodersweg 10 bis 13., die seit dem 19. Jahrhundert kaum verändert wurde. Nicht nur deren Bewohner erfreuen sich an ihrem Anblick. So weit so gut – im Hinblick auf amtliches Handeln.

Aber dann zeigte sich schnell, was die Besucher dieser Versammlung vor allem interessierte:

Erstens, warum wurde der Plan von Anfang der 1970er Jahre, der eine solche Bebauung der Grundstücke zuließ, nicht schon längst erneuert? Der Hinweis auf fehlende Ressourcen, womit wohl Amtspersonal gemeint war, genügte den Anwesenden als Erklärung für jahrzehntelanges Nichtstun offenbar nicht so recht.

Zweitens, warum wurde die Abrißgenehmigung für die Gebäude Brodersweg 10 bis 13 – angeblich sogar rechtskräftig – erteilt, bevor davon Betroffene auch nur andeutungsweise informiert wurden. Eine gerichtliche Überprüfung dieser Genehmigung wurde auf diese Weise offensichtlich mit Vorsatz vereitelt.

Mieter in diesen Häusern erhielten Kündigungen, bevor diese öffentliche Anhörung und damit die Information der Öffentlichkeit überhaupt stattgefunden hatte.

Als die Anwesenden wissen wollten, wie hoch künftig gebaut werden sollte, da hatten die Vertreter des Bezirksamts Eimsbüttel – Kay Gätgens, Thomas Breyvogel und Frank Döblitz – Beamten nichts zu sagen. Augenscheinlich hatten sie sich noch keinen Gedanken dazu gemacht, obwohl die Veranstaltung laut Ankündigung der Erörterung eines neuen Bebauungsplans diesen sollte. Wahrscheinlich hoffen die zuständigen Beamten, einen solchen irgendwann in kleineren Sitzungszimmern besprechen zu können, ohne so viel Bürgerinteresse wie an diesem Abend.

Angesichts der offenbaren Tatenlosigkeit der zuständigen Beamten ist vielleicht mancher der Anwesenden auf die Idee gekommen, eine Dienstaufsichtsbeschwerde zu führen. Aber dann wäre ihm wohl bald die Redensart eingefallen, eine solche sei formlos und fristlos, aber auch folgenlos. Nicht wenige der Anwesenden spürten Ohnmacht angesichts des Handelns bzw. Nichthandelns des Bezirksamts Eimsbüttel in dieser Angelegenheit, und ihre Haltung an diesem Abend erschien als selbstherrlich, schnöselig, sogar arrogant.

Zwei Folgen dieser Veranstaltung im Wilhelm-Gymnasium lassen sich schon absehen: Die Zahl der sogenannten Wutbürger ist weiter gewachsen. Die Zahl der Nichtwähler, zunächst bei den Wahlen am 25. Mai, wird wohl ebenfalls weiter wachsen. Dann werden die Stadtpolitiker und möglicherweise auch ihre Beamten wieder wehklagen, aber wohl nicht daran denken, daß das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ihrem Handeln bei den Bürgern hierfür ursächlich ist. – Weitere Fotos aus Pöseldorf stehen NF 888 ff.